



## Krings-Brief vom 29. Juni 2018

### Sehr geehrte Damen und Herren,

das Verhältnis zwischen den beiden Unionsparteien CDU und CSU ist in den letzten Wochen einer ernststen Belastungsprobe unterzogen worden. Die Diskussion zu sofortigen Zurückweisungen von Migranten ohne Einreisedokumente an der deutschen Grenze haben wir intensiv auch innerhalb der CDU geführt. Angesichts des immer noch absolut unzureichenden Engagements einiger Länder in Europa, ist der Wunsch nach einem verbesserten nationalen Grenzmanagement sachlich gut begründbar. Wir haben als gesamte Union das Ziel, dass die Zahl der bei uns ankommenden Menschen deutlich verringert und europäisches Recht auch von Ländern wie Griechenland und Italien eingehalten wird. Dies haben wir bereits in einem gemeinsamen Regelwerk zwischen CDU und CSU vereinbart und auch im Koalitionsvertrag fest verankert.

Die Bundeskanzlerin ist der Überzeugung, dass Zurückweisungen von denjenigen, die bereits einen Asylantrag in einem anderen europäischen Land gestellt haben, nur mit Absprachen unserer europäischen Partner in Frage kommen, da es ansonsten zu einer Schwächung und weiteren Spaltung Europas kommen würde. Das hat sie in der vergangenen Nacht im Rahmen des EU-Gipfels auch so verhandelt.

Im Zentrum der verhandelten Einigung stehen zum einen zwei verschiedene Arten von Flüchtlingszentren, die die EU schaffen will: Einerseits soll ein Konzept für sogenannte Ausschiffungsplattformen erarbeitet werden, zu denen im Mittelmeer aufgegriffene Flüchtlinge zurückgebracht werden sollen. Mit diesem Modell erhoffen sich die europäischen Partner, die Anreize für die gefährliche Überfahrt zu senken und den Schleppern das Handwerk zu legen. Hinzu kommt andererseits die Vereinbarung, dass innerhalb der EU sogenannte Kontrollierte Zentren aufgebaut werden sollen, in denen entschieden wird, wer Anspruch auf Schutz hat und in welches Land Schutzbedürftige dann weitervermittelt

werden. Beides, die Einrichtung der EU-Zentren und die weitere Verteilung auf die einzelnen EU-Länder sollen auf freiwilliger Basis geschehen. Die erarbeiteten Konzepte gehen meiner Meinung nach in die richtige Richtung, denn klar ist, dass eine funktionierende europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik allemal vorzugswürdig ist. Nun hoffe ich, dass die Vereinbarungen des EU-Gipfels auch zeitnah Ergebnisse und Erfolge nach sich ziehen und die vereinbarte Freiwilligkeit von Ländern wie Ungarn nicht missbraucht wird.

Besonders erwähnenswert finde ich zum anderen den Punkt 11 der Gipfelerklärung. Darin steht, dass die Mitgliedsstaaten alle erforderlichen Rechtsetzungs- und Verwaltungsmaßnahmen anwenden sollen, um die Sekundärmigration von Asylbewerbern zwischen den Mitgliedsstaaten zu unterbinden. Denn kein Asylbewerber hat das Recht, sich das Land innerhalb der EU auszusuchen, in dem es ein Asylverfahren gibt.

Ich bin optimistisch, dass die Ergebnisse des EU-Gipfels eine Brücke gebaut haben, über die nun CDU und CSU wieder zueinanderkommen können. Die CDU war und ist seit Konrad Adenauers Zeiten die Partei des Europäischen Zusammenhalts und der inneren Sicherheit. Beide Ziele gehören zusammen und müssen jeweils von CDU und CSU vertreten werden - ohne das eine dem anderen vorzuziehen. Es geht dieser Tage eben nicht nur um die Zukunft der Europäischen Union, sondern auch um den Zusammenhalt der deutschen Union zwischen CDU und CSU. Ich gehe davon aus, dass beide Parteivorsitzenden in den nächsten Tagen alles unternehmen werden, um diese Union zu erhalten. Und auch der EU und unseren europäischen Partnern würde es sicher nicht besser gehen mit einem zerfallenden deutschen Parteiensystem.

### **Das eine kommt: Baukindergeld**

Mit einem umfangreichen Familienpaket möchte die Bundesregierung Familien weiter finanziell entlasten. Dazu gehört auch das sogenannte Baukindergeld, das bereits im Koalitionsvertrag vereinbart und jetzt vom Koalitionsausschuss bestätigt wurde. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Förderung in der Zeit vom 1.1.2018 bis zum 31.12.2020 beantragt werden kann, und zwar ohne eine Begrenzung auf Quadratmeterzahlen. Darauf hat sich der am Dienstag stattgefundene Koalitionsausschuss aus CDU, CSU und SPD geeinigt. Über einen Zeitraum von zehn Jahren sollen 1.200 Euro pro Kind und Jahr gezahlt werden. Anspruch haben Familien bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 75.000 Euro plus 15.000 Euro für jedes Kind, die in Deutschland zum ersten Mal eine Immobilie neu baut oder erwirbt. Für eine Familie mit zwei Kindern ergibt sich damit über zehn Jahre ein Betrag von

24.000 Euro. Noch in diesem Sommer soll das Gesetz im Bundestag beschlossen werden und rückwirkend ab dem 1. Januar 2018 gelten.

Ursprünglich sah der Gesetzentwurf zum Baukindergeld vor, dass die Quadratmeterzahl der erworbenen Immobilie auf 120 Quadratmeter beschränkt sein sollte, da anderenfalls eine Kostenexplosion befürchtet wurde. Vor allem in ländlichen Regionen hätte eine solche Flächenbegrenzung des Wohnraumes jedoch eine Benachteiligung der Familien bedeutet. Da dort Grund und Boden günstiger sind, könnten junge Bauherren mehr in den Bau selbst investieren. Die Union will aber gerade die ländlichen Regionen fördern und nicht noch den Trend in die Städte verstärken. Deshalb habe ich mich mit anderen Kollegen auch erfolgreich dafür eingesetzt, dass diese Flächenbegrenzung wegfällt.

Schon im August sollen Anträge für das Baukindergeld über ein KfW-Förderprogramm gestellt werden können. Außerdem sollen noch im Sommer die Sonderabschreibungsmöglichkeit im freifinanzierten Wohnungsneubau und Änderungen des Mietrechts gesetzlich umgesetzt werden. Darüber hinaus wird die Bundesregierung für Maßnahmen ab 1. September 2018 bis zum 31. Dezember 2021 die Abschreibungsbedingungen für den frei finanzierten Wohnungsbau wie im Koalitionsvertrag vorgesehen zusätzlich zur linearen Abschreibung um 5 % p. a. für vier Jahre erhöhen, um auch steuerliche Anreize für den Wohnungsbau zu setzen.

### **Das andere geht: Griechenland verlässt den Rettungsschirm**

Heute begann die Plenarsitzung im Bundestag mit einem Thema, das uns in den vergangenen Jahren immer wieder beschäftigt hat, nämlich den Finanzhilfen für Griechenland im Rahmen des Euro-Rettungsschirmes ESM. Die gute Nachricht ist: Griechenland wird das dritte Hilfsprogramm planmäßig am 20. August 2018 beenden. Ein eigenständiges viertes Hilfsprogramm ist nicht notwendig. Damit kann Griechenland die Rettungsschirme nach acht Jahren verlassen und hat die Chance, wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Das Prinzip „finanzielle Hilfe als Gegenleistung für Reformen“ hat gewirkt. In der heutigen Bundestagsabstimmung haben wir mit deutlicher Mehrheit beschlossen, kurz vor dem Ziel auch die letzte Tranche an Griechenland auszuzahlen.

Allerdings muss die Chance auch ergriffen werden. Entscheidend dafür wird sein, dass Griechenland auf dem eingeschlagenen Reformpfad bleibt und die eingegangenen Verpflichtungen für die Nachprogrammphase einhält, etwa bei den Fiskalzielen oder bei den Strukturreformen. Denn eine langfris-

tige Schuldentragfähigkeit erfordert verbesserte Konditionen für den Schuldenbestand. Die Eurogruppe hat dazu in der vergangenen Woche ein Maßnahmenpaket entwickelt. Dieses umfasst – wiederum gegen Auflagen – die Umleitung von EZB-Gewinnen aus Ankäufen griechischer Staatsanleihen in die Reduzierung des griechischen Finanzbedarfs oder vereinbarte Investitionen, den Verzicht auf eine vorgesehene erhöhte Zinsmarge, Verschiebungen von Zins- und Tilgungszahlungen sowie Verlängerungen von Laufzeiten. Die Umsetzung dieser Finanzhilfevereinbarung bedurfte ebenfalls der Zustimmung des Deutschen Bundestags und war Teil des positiven Votums heute.

Ein Schuldenerlass oder Schuldenschnitt ist nach wie vor nicht vorgesehen. Forderungen nach einem Rückkauf alter IWF-Darlehen sind ebenfalls vom Tisch. Der IWF bleibt mit seinen bisherigen Darlehen engagiert und wird auch mit seiner Expertise an der Nachprogramm-Überwachung mitwirken. Griechenland wird sich zudem vierteljährlich einer verstärkten Überwachung durch die Institutionen stellen müssen. Damit wird sichergestellt, dass die griechische Regierung auf Reformkurs bleibt und seine Geschicke auf Dauer wieder selbst in die Hand nehmen kann. Der Rettungsschirm für Griechenland mag vielleicht keine echte „Erfolgsgeschichte“ geworden sein - aber die inzwischen erzielten Ergebnisse sind sowohl für uns als auch für Griechenland deutlich besser als uns all die Unkenrufer vorausgesagt haben.

**Herzliche Grüße!**

**Ihr Günter Krings**



Sagen Sie mir Ihre Meinung.  
Besuchen Sie mich auf facebook.

(hier klicken!)